
Norbert Reuter

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ - weder neu noch sozial



Dr. Norbert Reuter, geb. 1960 in Wegberg, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaft in Aachen und York/GB, ist Privatdozent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der TH Aachen. Seit April 2002 arbeitet er im Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin.

*„Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden (...). Mit anderen Worten: die Marktwirtschaft ist nicht alles.“
Wilhelm Röpke, 1958*

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ versteht sich als eine branchen- und parteiübergreifende Plattform, die offen für alle ist, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen, aber eine Reform für überfällig halten. Die Tatsache, dass sie von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie getragen, von führenden Wirtschaftsverbänden unterstützt und vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) begleitet wird, lässt allerdings erste Zweifel an der Offenheit der Richtung der Reformen aufkommen - auch wenn als „Botschafter“ der Initiative nicht nur Personen wie der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegiesser, der Ehrenvorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, Professor Dr. Otto Schlecht, und der Vorstandsvorsitzende der Jenoptik AG, Prof. Dr. h.c. Lothar Späth, genannt werden, sondern auch Politiker wie der neue Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Siegmund Mosdorf und der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster. Angesichts des Spektrums der allein mit diesen Personen verbundenen wirtschaftlichen Positionen stellt sich die Frage nach den tatsächlichen Zielen dieser Initiative. Geht es ihr wirklich um die Bewahrung des Sozialen in der heutigen Zeit oder soll unter dem wohlklingenden Namen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) lediglich für einen Abbau erreichter Sozialstaatsnormen getrommelt werden?

Die Diskussion über eine „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Bereits ein erster flüchtiger Blick auf die Internetseite www.chancenfueralle.de gibt Auskunft über die Absicht der Initiative. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, niedrige Wachstumsraten und steigende Staatsverschuldung werden als Beleg dafür angeführt, dass die bundesdeutsche Wirtschaftsverfassung einem grundlegenden Umbau unterzogen werden muss. Das Urteil lautet: Die Soziale Marktwirtschaft ist „in die Jahre gekommen“, hat „im Laufe der mehr als 50-jährigen Geschichte (...) zu viel Ballast angesammelt“ und ist damit den „Anforderungen des 21. Jahrhunderts“ nicht mehr gewachsen.¹ Unter ihrem weiten sozialen Mantel hätten sich sukzessive Kräfte herausgebildet, die einer dynamischen Entwicklung entgegenstehen. Ausdrückliches Ziel der INSM ist es, eine „Entfesselung von Marktkräften“ zu erreichen, was „(...) zu mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätzen“ zurückführen soll. Mit Blick auf die vertretenen Konzepte verwundert es nicht, dass die INSM nach eigener Aussage keinen Neuanfang verfolgt. Ihr Anliegen sei es lediglich, bekannte Forderungen aus dem Kreis der deutschen Wirtschaft wirksamer in die Öffentlichkeit zu transportieren, da, wie der Unternehmer Randolph Rodenstock als einer ihrer Protagonisten beklagt, die Vielzahl von Beiträgen zu diesem Themenkreis und vor allem die „häufig akademische(n) Diktion (...) eher zur Verwirrung und Desorientierung vieler Bürger als zu mehr Verständnis und Klarheit“² beigetragen hätten. Insofern hat sich die finanziell gut ausgestattete Initiative die Aufgabe gesetzt, mittels großflächiger Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen, Büchern, Broschüren, Vorträgen und Seminarveranstaltungen gesellschaftliche Widerstände zu brechen, die einem „Aufbruch ins zweite Wirtschaftswunder“³ entgegenstehen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass man im Wesentlichen altbekannten Forderungen begegnet: Verminderung von Regulierungen in allen Bereichen, Abbau von Vorschriften auf dem Arbeitsmarkt, Lockerung des Kündigungsschutzes, stärkere Lohnflexibilisierung und -spreizung, Entbürokratisierung von Mitbestimmungsverfahren, Reduzierung der Löhne auf „Knappheitslöhne“, keine Subventionierung von Arbeitslosigkeit, härteres Vorgehen gegen arbeitsunwillige Arbeitslose, Kürzung von Sozialleistungen, Förderung von Eliten, Verschlankung des Staates. Im Einzelnen führt Rodenstock aus: „Senkung der Steuern, Drosselung der Neuverschuldung, Verringerung der Ausgaben, Rückzug aus allen Wirtschaftstätigkeiten, die auch Private erledigen können, kostenbewusste Modernisierung des Staatsapparats, Kürzung von Subventionen“,⁴ insgesamt mehr Flexibilität, mehr Wettbewerb und Stärkung der Marktkräfte.

Das Grundverständnis der INSM lässt sich so zusammenfassen, dass „effiziente Selbstregelungskräfte“ prinzipiell in der Lage sind, einen „harmonischen“ Wirtschaftsablauf zu garantieren, so dass gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte endogen verhindert werden. Diese Selbstregulierungsfähigkeit verkrafte ein gewisses Maß an Regulierungen und staatlichen Eingriffen. Da man diese jedoch in „Jahrzehnten der Überregulierung“⁵ übertrieben habe, musste es früher oder später zu Ausfallerscheinungen des Marktmechanismus und in dessen Folge zu niedrigerem Wachstum, Arbeitslosigkeit, Wohlstandseinbußen und allen

*

1 Alle Zitate sind - soweit nicht anders gekennzeichnet - der Website www.chancenfueralle.de, der offiziellen Kommunikationsplattform der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, entnommen.

2 Randolph Rodenstock, Chancen für alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln 2001, S. 12f.

3 Rodenstock, Chancen, S. 190.

4 Rodenstock, Chancen, S. 122.

5 Rodenstock, Chancen, S. 38.

weiteren Folgeproblemen kommen. „Mehr Markt“ gilt als ebenso universelles wie wirksames Mittel, diesen Entwicklungen nachhaltig zu begegnen. Als Dosierungsempfehlung gilt die einfache Devise, dass der Weg in Richtung „mehr Markt“ solange zu beschreiten ist, wie noch wirtschaftliche Probleme vorhanden sind. Grenzen des Marktes sind nicht bekannt.

Vergleicht man dieses Verständnis marktwirtschaftlicher Funktionszusammenhänge mit den Grundannahmen der Sozialen Marktwirtschaft, zeigt sich allerdings sehr schnell, dass die INSM fundamentale Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft missachtet, sie sogar hinter den Erkenntnisstand der Väter der Sozialen Marktwirtschaft Walter Eucken, Leonard Miksch, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und vor allem Alfred Müller-Armack zurückfällt.

Die Soziale Marktwirtschaft als „dritter Weg“

Weitgehend vergessen ist heute die Überzeugung dieser maßgeblichen Ökonomen nach dem Zweiten Weltkrieg, dass eine grundsätzlich marktwirtschaftlich geprägte Wirtschaftsordnung, der „Bedienung und Steuerung“⁶ bedürfe. Die in Deutschland aufzubauende Wirtschaftsordnung sei als ein „(...) Weg zwischen Ost und West, zwischen Liberalismus und Sozialismus (...) bzw. Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus (...)“⁷ zu begreifen. Zu der Überzeugung eines künftig zu beschreitenden „Dritten Wegs“⁸ zwischen Sozialismus bzw. Kommunismus und Kapitalismus hatten einerseits die negativen Erfahrungen mit der autoritären staatlichen Verwaltungswirtschaft im Nationalsozialismus, andererseits das Wissen um den vorangegangenen Niedergang des Laissez-faire-Kapitalismus während der Großen Depression der 1930er-Jahre geführt. Die zukünftige Wirtschaftsordnung sollte das Prinzip der Marktwirtschaft mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden, wofür in dem von Alfred Müller-Armack geprägten Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“⁹ eine prägnante Formel gefunden wurde, mit der sich auch die stärker planwirtschaftlich orientierte Bevölkerung und vor allem die Gewerkschaften identifizieren konnten.

Dem Vater des Begriffs ging es ausdrücklich nicht um eine bloße Beschwichtigungsformel, unter der sich dann eine weitgehend freie Marktwirtschaft entwickeln könnte. Wie bereits vor ihm Röpke betonte Müller-Armack ausdrücklich, dass es „im Gegensatz zum Altliberalismus“ nicht um die „Wiederherstellung einer Laissez-faire-Wirtschaft“ gehe, sondern um eine „*neuartige Synthese*“,¹⁰ die uns „(...) befähigt, mehr Sozialismus mit mehr Freiheit zu verbinden.“ Dies, so Müller-Armack, „dürfte jedoch nur auf dem Boden einer sozial gesteuerten Marktwirtschaft möglich sein.“¹¹ Insofern ist die Idee der Sozialen Marktwirtschaft gerade nicht von dem im Bundestagswahlkampf 1975/76 geprägten und seitdem immer wieder betonten Gegensatz „Freiheit *oder* Sozialismus“ gekennzeichnet.

Zu den wesentlichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gehörte von Anfang an die Annahme, dass sich aus autonomen wirtschaftlichen Transaktionen nicht automatisch eine

6 Alfred Müller-Armack, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (1946), in: ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Bern/Stuttgart 1976, S. 115.

7 Reinhard Blum, *Marktwirtschaft, soziale*, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Bd. 5, Stuttgart u.a. 1980, S. 154.

8 Vgl. Wilhelm Röpke, *Die Lehre von der Wirtschaft* (1937), 9. Aufl., Erlenbach-Zürich 1961, S. 316-325.

9 Müller-Armack, *Wirtschaftslenkung*, S. 78.

10 Alfred Müller-Armack, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 9, Stuttgart u.a. 1956, S. 390.

11 Alfred Müller-Armack, *Zur Diagnose unserer wirtschaftlichen Lage* (1947), in: ders., *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte*, Bern/Stuttgart 1974, S. 46.

optimale Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ergibt, „(...) sondern (sie) erheblicher sozialer, politischer, raumplanerischer und konjunkturpolitischer Sicherung bedarf.“¹² In gleicher Weise hatte Röpke betont, dass „(...) sich die Anwälte der Marktwirtschaft, sofern sie geistig einigermaßen anspruchsvoll sind, immer darüber im Klaren (waren), dass der Bereich des Marktes, des Wettbewerbs, der von Angebot und Nachfrage bewegten Preise und der durch sie gesteuerten Produktion nur als Teil einer höheren und weiteren Gesamtordnung verstanden und verteidigt werden kann, wo es sich um Moral, Recht, natürliche Bedingungen der Existenz und des Glücks, um Staat, Politik und Macht handelt. Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden (...). Mit anderen Worten: die Marktwirtschaft ist nicht alles.“¹³

Auf der Grundlage dieses Wirtschaftsverständnisses prägte Müller-Armack das Bild von der Sozialen Marktwirtschaft als „Halbautomaten“.¹⁴ Entsprechend wurden Eingriffe in Marktprozesse durch Wettbewerbs-, Preis-, Struktur-, Sozial-, Bau- und Wohnungs-, Außenhandels-, Geld-, Kredit- und Konjunkturpolitik nicht nur explizit gefordert, sondern ein „liberaler Interventionismus“¹⁵ zum *Wesen* der Sozialen Marktwirtschaft erklärt.¹⁶

Wie die deutsche Nachkriegsentwicklung, die oftmals verklärend als Zeit des „Wirtschaftswunders“ beschrieben wird, zeigt, lässt sich die schnelle und anhaltende Akzeptanz der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung vor allem auf deren Erfolge zurückführen. Nach wenigen Jahren wurde bereits das Niveau der Vorkriegsproduktion übertroffen, so dass der allgemeine Wohlstand rasch zunahm. Das reale Bruttoinlandsprodukt verdoppelte sich zwischen 1950 und 1960 und verdreifachte sich bis 1970. Parallel nahm die Arbeitslosigkeit stetig ab, so dass bereits Anfang der 1960er-Jahre der Vollbeschäftigungszustand eintrat, der immerhin rund 15 Jahre anhielt. Insofern konnten sich auch die „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft hinsichtlich der von ihnen geschaffenen Wirtschaftsverfassung bestätigt fühlen. Die theoretische Annahme, dass ein Anstieg von Staats- und Sozialleistungsquoten hohen Wachstumsraten nicht entgegensteht, sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Dynamik sich sogar wechselseitig bestärken, hatte sich in der Realität bestätigt.

Allerdings erkannte Müller-Armack, der die Soziale Marktwirtschaft von Beginn an als evolutionäres Projekt verstanden hatte, die Notwendigkeit, diese Erfolge in der Zukunft durch Reformen abzusichern. Im Widerspruch zu Ludwig Erhard setzte er sich Ende der 1950er-Jahre für eine neue, eine „Zweite Phase“ der Sozialen Marktwirtschaft ein. Ähnlich wie rund 30 Jahre vor ihm der englische Ökonom John Maynard Keynes prognostiziert hatte,¹⁷ diagnostizierte er einen im Werden begriffenen wirtschaftspolitisch zu begleitenden Umschwung von der weitgehend hergestellten „materiellen Güterversorgung“ hin zu einer „sinnvolle(n) und lebensgemäße(n) Gestaltung der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt.“¹⁸ Diese sah er als originäre Aufgabe des Staates, der in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei: „Auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens vermögen die Dienste mit der privaten Wirtschaftstätigkeit nicht Schritt zu halten.“¹⁹

12 Müller-Armack, Wirtschaftslenkung, S. 107.

13 Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 2. Aufl., Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1958, S. 130f.

14 Müller-Armack, Wirtschaftslenkung, S. 115.

15 Alexander Rüstow, *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*, in: *Ordo*, Bd. 2, 1949, S. 132.

16 Karl Georg Zinn, *Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung*, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1992, S. 46.

17 John Maynard Keynes, *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder* (1930), in: Norbert Reuter, *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität*, Marburg 1998, S. 115-127.

18 Alfred Müller-Armack, *Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung* (1959), in: ders., *Wirtschaftsordnung*, S. 265.

19 Alfred Müller-Armack, *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik* (1960), in: ders., *Wirtschaftsordnung*, S. 287.

Aus diesem Grunde sei neben einer qualitativen Neuausrichtung des öffentlichen Dienstes auch eine „(...) quantitative Steigerung der für öffentliche Dienste bestimmten Finanzmittel“ dringend geboten. Verwendet werden sollten diese Mittel für die Beseitigung von „Mängeln in der Umweltstruktur“, worunter er nicht nur Maßnahmen zur „Reinhaltung von Luft und des Wassers“, sondern auch zur Beseitigung von „Problemen der sozialen Umwelt“, verstand, die in der Vergangenheit durch die Logik der industriellen wie verkehrstechnischen Leistungssteigerung entstanden waren, und „(...) durch die die natürliche Form des Lebens schwer beeinträchtigt wurde.“ Im Einzelnen gelte es in der „Zweiten Phase“ der Sozialen Marktwirtschaft „(...) die in einer permanenten Dynamik begriffenen Kräfte von Wirtschaft und Verkehr in die Einheit einer sinnvollen Gesamtlebensform einzugliedern.“²⁰ Neue Anstrengungen in der Raum(ordnungs)politik, in der Bildungspolitik, in der Verkehrspolitik, in der Kulturpolitik, zur „institutionellen Sicherung der Vollbeschäftigung“ durch eine nationale wie internationale Konjunkturpolitik, gehörten für Müller-Armack zu den wesentlichen Bestandteilen einer fortzuschreibenden Sozialen Marktwirtschaft.²¹ Entgegen der heute vorherrschenden Meinung stehen der Name Müller-Armack und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft somit nicht für einen Abbau, sondern für die „Verstärkung des öffentlichen Sektors“, nicht für die Rückführung, sondern für die Ausweitung wirtschaftspolitischer Anstrengungen. Dies sah er als notwendige Maßnahmen, um den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft für die Gesamtheit der Bevölkerung auch in der Zukunft zu sichern.

Die Initiative im Lichte der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Der Rückblick zeigt deutlich, wie wenig die INSM auf dem Boden der Konzepte steht, die die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft bedeuten. Die von der Initiative vertretene Überzeugung „Soziale Marktwirtschaft braucht nur ein Minimum an Ethik und Regeln, denn sie setzt auf effiziente Selbstregelungskräfte“²² fällt nicht nur hinter den Erkenntnisstand der Sozialen Marktwirtschaft zurück, sondern steht sogar in eklatantem Widerspruch zu ihr. Immer wieder wurde von deren Theoretikern die Meinung als „abwegig“ kritisiert, „(...) eine Marktwirtschaft sei gleichsam schon von sich aus ein Ersatz für Gesellschaftspolitik im Sinne der Gestaltung der sozialen Positionen und zwischenmenschlichen Beziehungen.“²³ Zur Frage der Selbstregelungskräfte wurde entsprechend klargestellt: „Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hat sich den Wirtschaftskrisen gegenüber nicht behaupten lassen. (...) Die Fehler und Unterlassungen der liberalen Marktwirtschaft liegen so letztlich in der Enge der ökonomischen Weltanschauung beschlossen, die der Liberalismus vertrat. Sie veranlasste ihn, den instrumentalen Charakter der von ihm ausgestalteten Ordnung zu verkennen und die Marktwirtschaft als autonome Welt zu nehmen (...).“²⁴ In ähnlicher Weise hatte Röpke klargestellt, dass eine „(...) extreme Kommerzialisierung, Mobilisierung und Rivalisierung (...) das unfehlbare Rezept (ist), eine freie Wirtschaft durch

20 Müller-Armack, Die zweite Phase, S. 281.

21 Vgl. Müller-Armack, Die zweite Phase, S. 289f.

22 Rodenstock, Chancen, S. 28.

23 Müller-Armack, Das gesellschaftspolitische Leitbild, S. 302.

24 Müller-Armack, Wirtschaftslenkung, S. 107.

moralisch blinde Übertreibung ihres Prinzips zu zerstören und schließlich ein Malaise zu schaffen, von dem man das Schlimmste befürchten muss.“²⁵

Die Gegenüberstellung der Konzepte von Sozialer und Neuer Sozialer Marktwirtschaft dokumentiert weitgehend unvereinbare Grundannahmen. Das Konzept der INSM spiegelt jene oftmals als „neoliberal“ bezeichnete Auffassung wider, die von kritischen Ökonomen und den Gewerkschaften bereits in der Vergangenheit häufig und zu Recht als untauglich zurückgewiesen worden ist. Ein Umbau der deutschen Wirtschaftsordnung nach dem Entwurf der INSM kann somit nicht als Weiterentwicklung qualifiziert werden, sondern würde einen fundamentalen Bruch mit dem „rheinischen Kapitalismus“ bedeuten. Aus der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft käme diese Entwicklung sogar einem Rückfall in überwunden geglaubte „altliberalistische“ Wirtschaftsauffassungen gleich. Was immer die INSM will, eine Bezeichnung ihres Konzepts als Soziale bzw. Neue Soziale Marktwirtschaft kommt einem „Etikettenschwindel“ gleich, eine Auffassung, die Siegfried Katterle unterstreicht: „Wird das Ergebnis solcher semantischer Bemühungen mit dem Etikett ‚Soziale Marktwirtschaft in Müller-Armackscher Tradition‘ versehen, so wird ein unverfrorener ‚Etikettenschwindel‘ betrieben.“²⁶

Wenn es eine Botschaft der Väter der Sozialen Marktwirtschaft gibt, dann die, dass wirtschaftliche Probleme nicht einfach mit einem Mehr an Markt beseitigt werden können. Demgegenüber komme es darauf an, wie Rüstow betont hat, „die Wirtschaft, trotz ihrer selbstverständlichen Unentbehrlichkeit, wieder in die ihr gebührende untergeordnete und dienende Stellung zurückzuverweisen (...).“²⁷ Die INSM will das Gegenteil. Warum dann aber führende Sozialdemokraten sich als „Botschafter“ der Initiative vermarkten lassen, bleibt deren Geheimnis.

25 Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, S. 173f.

26 Siegfried Katterle, *Die Erinnerungsarbeit der Kirchen in ihrem gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“*, in: Fritz Helmedag/Norbert Reuter (Hrsg.), *Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn 1999*, Marburg 1999, S. 249.

27 Alexander Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, 3. überarb. Aufl., hrsg. v. Frank P. Maier-Rigaud und Gerhard Maier-Rigaud, Marburg 2001, S. 142.